



Sozialdemokratische Partei
Thun

Thun, 24. Oktober

MEDIENMITTEILUNG DER SP THUN

Steuersenkung gefährdet wichtige Investitionen und städtische Leistungen – nicht restlos überzeugte SP Thun gibt Stimmfreigabe

Die SP Thun hat sich an ihrer Mitgliederversammlung vom 23. Oktober 2024 intensiv mit der geplanten Senkung des Steuerfusses von 1.72 auf 1.66 Einheiten auseinandergesetzt. Obwohl die Partei weiterhin gegen eine übertriebene Senkung des Steuerfusses ist, hat sie für die kommunale Abstimmung vom 24. November 2024 zur Senkung der Steueranlage und zur Genehmigung des Budgets 2025 die Stimmfreigabe beschlossen. Im Zentrum der SP-Argumentation stehen nach wie vor die langfristige Stabilität der Stadtfinanzen sowie die Sicherung wichtiger städtischer Leistungen und Investitionen. Gleichzeitig will die SP Thun den Bürger:innen die Möglichkeit geben, sich eigenständig und fundiert mit der Vorlage und deren Konsequenzen auseinanderzusetzen.

Philosophischer Input zur Bedeutung von Steuern

Zu Beginn der Mitgliederversammlung wurde in einem philosophischen Input über die grundlegende Bedeutung von Steuern diskutiert. Steuern sind weit mehr als nur eine finanzielle Last – sie ermöglichen öffentliche Dienstleistungen und sichern die Erfüllung öffentlicher Pflichten. Darüber hinaus haben sie eine Lenkungsfunktion und tragen zur Verteilungsgerechtigkeit und somit einer gerechteren Gesellschaft bei.

Im Rahmen dieser Diskussion wurde auch die Bedeutung progressiver Steuern betont. Während eine gleichmässige Steuerlast weniger Einnahmen generieren würde, stellt die progressive Besteuerung sicher, dass diejenigen, die mehr besitzen, auch mehr zum Gemeinwohl beitragen. Diese Ungleichbehandlung kann deshalb als gerecht gelten, weil der Einzug desselben finanziellen Betrags je nach finanzieller Situation von Bürger:innen mit unterschiedlichen Lasten einhergehen kann. Gerecht zu verteilen sind daher nicht die numerischen Geldbeträge, sondern die daraus resultierenden Konsequenzen für die Steuerzahlenden. Auch der sogenannte „Alltags-Libertarismus“ wurde im Input zurückgewiesen, der Eigentum als vor-staatliche Entität versteht, von der der Staat im Anschluss etwas wegnehmen will. Vielmehr, so argumentiert die Gegenposition, sei Eigentum durch den Staat mitkonstituiert, beispielsweise durch das Erlassen und Durchsetzen von Eigentumsrechten oder das Bereitstellen notwendiger Infrastruktur. Eigentum setzt somit den Staat und inso-



Sozialdemokratische Partei
Thun

fern auch Steuern voraus. Die Aufgabe der Politik ist es daher nicht in erster Linie, Steuern als Enteignungsform zu rechtfertigen, sondern ein Bild eines gerechten Gesellschaftssystems, das Steuern, staatliche Infrastruktur und Eigentum vereint, zu entwerfen. Steuern sind nicht als Eingriff in bereits bestehendes Eigentum zu verstehen, sondern vielmehr als gerechte Verteilung der durch den Staat ermöglichten Güter.

Konkrete Diskussion zur Senkung des Steuerfusses in Thun

Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die konkrete Situation in Thun erörtert. Zur Debatte steht die Senkung des Steuerfusses von 1.72 auf 1.66 Einheiten. Diese Reduktion würde zu einem Minderertrag von rund 4,3 Millionen Franken führen, was erhebliche Auswirkungen auf die Finanzlage der Stadt hätte. Besonders bedenklich ist dies vor dem Hintergrund, dass 12% der Bevölkerung in Thun gar keine Steuern zahlen und 75% der Bevölkerung ein Einkommen zwischen 0 und 60'000 CHF haben, welches nur 39,1% des Steuersubstrats ausmacht. Sie alle profitieren von einer Steuersenkung kaum, wie ein Zahlenbeispiel erläutert: Ledige mit einem Einkommen von bis zu 60'000 CHF würden im Jahr maximal 146 CHF sparen. Auf der anderen Seite wären es ab 80'000 CHF Einkommen schon 209 CHF, ab 120'000 CHF 349 CHF und bei sehr hohen Einkommen, ab 500'000 CHF, rund 467 CHF. Verheiratete Haushalte würden etwas geringere Entlastungen erfahren. In diesem Kontext stellt sich die Frage, was es tatsächlich bedeutet, „den Mittelstand zu stärken“, wenn der Nutzen für viele Haushalte so minimal ist, während gleichzeitig die städtischen Leistungen auf dem Spiel stehen.

SP Thun wollte radikalere Steuersenkung verhindern

Im Stadtrat hat die SP Thun einer Steuersenkung auf 1.66 Einheiten letztlich zugestimmt, um eine noch radikalere Senkung des Steuerfusses auf 1.62 Einheiten zu verhindern. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse war es notwendig, dem Vorschlag des Gemeinderats zuzustimmen. Die SP-Fraktion sieht die Entscheidung als pragmatische Lösung, auch wenn sie weiterhin vor den langfristigen Risiken einer übertriebenen Steuersenkung warnt.

Langfristige Investitionen und städtische Dienstleistungen in Gefahr

Die SP Thun betont, dass eine deutliche Senkung des Steuerfusses die Zukunft der Stadtentwicklung gefährden könnte. Besonders betroffen wären dabei zentrale Projekte wie die Sanierung der Schulhäuser und der Ausbau der Angebote im Bereich der Jugendarbeit und Bildung. Hinzu kommen dringend notwendige Massnahmen zur Bekämpfung und Mitigation der Klimakrise. Diese Investitionen sind von entscheidender Bedeutung für die langfristige Entwicklung Thuns. Eine Reduktion der finanziellen Mittel könnte die Umsetzung dieser Vorhaben verzögern oder gar verunmöglichen.



Sozialdemokratische Partei
Thun

Zudem warnt die SP Thun davor, dass die Qualität und Aufrechterhaltung wichtiger städtischer Dienstleistungen durch eine übertriebene Steuersenkung unter Druck geraten könnten. Betroffen wären besonders die Bereiche Bildung, Kultur sowie der Ausbau der öffentlichen Verkehrs- und Veloinfrastruktur. Diese Leistungen sind nicht nur für die jetzige Bevölkerung essenziell, sondern auch für zukünftige Generationen. Die SP sieht in diesen Projekten eine Grundvoraussetzung für die Lebensqualität und Attraktivität Thuns als Wohn- und Arbeitsort.

Finanzielle Stabilität und Vorsicht in unsicheren Zeiten

Obwohl die Stadtfinanzen sich in den letzten Jahren positiv entwickelt haben, warnt die SP vor überstürzten Entscheidungen. Die guten Finanzzahlen dürfen nicht über die weiterhin bestehenden wirtschaftlichen Unsicherheiten hinwegtäuschen. Ein solides finanzielles Polster ist notwendig, um auf zukünftige Herausforderungen flexibel und handlungsfähig reagieren zu können.

Stimmfreigabe als pragmatischer Schritt

Aufgrund der ausgeführten Überlegungen und Argumente konnte die vorgelegte Steuersenkung die Mitgliederversammlung der SP Thun nicht restlos überzeugen. Die Ja-Parole wurde daher sehr deutlich zugunsten einer Stimmfreigabe verworfen. Dies ermöglicht es allen Parteimitgliedern und Bürger:innen, sich auf Basis einer differenzierten Betrachtung der Argumente für oder gegen die Vorlage zu entscheiden.

4-mal Nein zu den nationalen Vorlagen

Letztlich wurden auch die vier nationalen Vorlagen vom 24. November zum Thema, wobei die Mitgliederversammlung ein vierfaches Nein empfiehlt. Der Ausbauschnitt für die Nationalstrassen überzeugt nicht, weil er einerseits zu Mehrverkehr und schädlichen Emissionen führt – und weil er andererseits viel Geld kostet, welches im öffentlichen Verkehr sinnvoller investiert wäre. Die beiden Mietrechtsvorlagen lehnt die SP Thun ab, weil sie die Position der Mieter:innen weiter schwächen und realistischerweise dazu ausgenutzt werden würden, die Mieten rasch weiter zu erhöhen. Schlussendlich lehnte die Mitgliederversammlung auch die EFAS-Vorlage ab, weil sie im Minimum entweder zu höheren Prämien (wenn die Langzeitpflege im Vergleich mit anderen medizinischen Dienstleistungen überproportional steigt) oder aber zu schlechteren Arbeitsbedingungen in der Pflege führt (weil sich die Kantone weniger stark an der Langzeitpflege und den stationären Behandlungen beteiligen). Es ist auch nicht auszuschliessen, dass sogar beides gleichzeitig eintritt.



Sozialdemokratische Partei
Thun

Für weitere Informationen steht Ihnen zur Verfügung:

Timo Junger
Präsident SP Thun
praesidium@sp-thun.ch
079 694 38 69